# Bern

# Arbeitsmarkt für Gemeindepersonal ist ausgetrocknet

Der Verein Bernisches Gemeindekader analysiert die Gründe und will falls nötig Massnahmen treffen.

**Anita Bachmann**

Die Gemeinde Ersigen macht sich umgehend auf die Suche nach einem Gemeindeschreiber, teilt der Gemeinderat mit. Dies, obwohl der aktuelle Gemeindeschreiber seine Stelle auf der Gemeindeverwaltung Ersigen, Niederösch und Oberösch erst im Frühjahr 2016 verlassen will. Für den Gemeindeschreiber Thomas Balsiger, der seit 25 Jahren in dieser Funktion arbeitet, sei es eine Herzensangelegenheit, dass wegen des ausgetrockneten Arbeitsmarktes für Gemeindeverwaltungsangestellte die Nachfolge frühzeitig angegangen werde. Die Einschätzung über den ausgetrockneten Arbeitsmarkt teilt Hans Ruedi Löffel. Er war selber Gemeindeschreiber in Worb und führt seit 2001 ein Büro für Gemeindeberatung und Kaderselektion. «Kleine Gemeinden haben mehr Mühe, ihre Stellen zu besetzen», sagt er.

Unter Berufskollegen würden verschiedene Gründe genannt, warum der Job als Gemeindeschreiber schwieriger geworden sei, sagt Balsiger: viele Abendsitzungen und steigender Druck von Behördenseite aber auch aus der Bevölkerung. «Mit der EDV ist die Arbeit hektischer geworden», sagt er. Wenn jemand anrufe, erwarte er innerhalb von fünf Sekunden eine Antwort.

### Bringen Fusionen Abhilfe?

Als ideale Grösse einer Gemeinde für Gemeindeverwaltungspersonal nennt Balsiger 5000 bis 8000 Einwohner. Noch grössere Gemeinden hätten Parlamente, womit alles komplizierter werde und die direkte Demokratie wegfalle. Ersigen zählt zusammen mit den beiden Kleinstgemeinden Nieder- und Oberösch rund 2000 Einwohner. Der Noch-Gemeindeschreiber von Ersigen ist überzeugt, dass Gemeindefusionen das Problem entschärfen würden.

Diese Meinung teilt Monika Gerber nicht. Sie ist Präsidentin des Vereins Bernisches Gemeindekader (BGK) und Gemeindeschreiberin in Thierachern. Ab einer gewissen Gemeindegrösse sei ein Stellvertreter nötig und dieser brauche die gleichen Qualifikationen. Dass es zu wenig Gemeindekaderpersonal gebe und dass sich Gemeinden schwer tun würden, ihre Stellen zu besetzen, nimmt sie ernst. Deshalb arbeitet der BGK an einer Analyse. Der Lohn, die Arbeitszeiten, das Renommee, zu wenig Nachwuchs oder Abwanderung in die Privatwirtschaft kann sie sich als mögliche Gründe vorstellen. Je nachdem, was die Analyse ergeben wird, sollen Massnahmen in Angriff genommen werden, zum Beispiel Marketing zur Verbesserung des Images des Berufes oder Lehrlingsrekrutierung.

Auch Löffel vermutet, dass es ich lohnen würde, die Rahmenbedingungen der Gemeindekader unter die Lupe zu nehmen. Daneben könnten allgemeine Veränderungen eine Rolle spielen: «Den Gemeindediener aus den 1960er-Jahren gibt es nicht mehr», sagt Löffel. Früher hätten Gemeindeschreiber dem Beruf alles untergeordnet, heute habe man eine andere Vorstellung von Lebensqualität. In Kleinstgemeinden könnten auch Fusionsabsichten abschreckend wirken. Vielleicht lasse sich jemand lieber nicht in eine Gemeinde wählen, die es in dieser Form bald nicht mehr gebe.

### Von der besten Seite präsentieren

Über ein Dreivierteljahr suchte die Gemeinde Walkringen einen neuen Gemeindeschreiber. Vergangene Woche habe man aber nun einen neuen Gemeindeschreiber gewählt, sagt Peter Stucki, Gemeindepräsident von Walkringen. Fündig geworden ist die Gemeinde mit rund 1800 Einwohnern dank dem Beratungsbüro Mandatum von Löffel. «Die Gemeinden verkennen zum Teil die Situation auf dem Arbeitsmarkt», sagt dieser. Sie inserierten lediglich auf der Internetseite des BGK, statt auch ein Zeitungsinserat zu schalten und sich dort von der besten Seite zu präsentieren. In Walkringen haben aber möglicherweise Probleme in der Gemeinde dazu beigetragen, dass die Stelle schwer zu besetzen war. So soll es im Dorf politische Querelen gegeben haben. Auch in Kandersteg und Zäziwil gingen einer Suche nach Gemeindepersonal Schwierigkeiten voraus. In Kandersteg wurde der alte Gemeindeschreiber freigestellt und in Zäziwil kam es zu einem mehrfachen Wechsel auf der Verwaltung.

> «Den Gemeindediener aus den 1960er-Jahren gibt es nicht mehr.»
> Hans Ruedi Löffel, Berater

# Der Hundehelfer vom Sustenpass ist freigesprochen worden

Die Vorwürfe gegen den Betreiber der ehemaligen Hundehilfestation am Sustenpass haben sich vor Gericht nicht erhärtet. Er ist freigesprochen worden. Der heute 66-jährige Mann betrieb die Auffangstation für Hunde seit 2004. Nach einem Bundesgerichtsurteil aus dem Jahre 2012 sah er sich jedoch gezwungen, die Station aufzugeben. Das Urteil bestätigte nämlich, dass er am Standort in der Gemeinde Gadmen maximal vier Hunde halten durfte. Der Hundefreund beschloss, die Station, in der bis zu 45 verwahrloste und todgeweihte Hunde beherbergt und gepflegt wurden, an einen neuen Ort im Kanton Graubünden zu verlegen.

Kurz vor dem Umzug Mitte Mai vergangenen Jahres kam es jedoch zu einer unerwarteten Kontrolle. Im entsprechenden Bericht des Amtstierarztes wurden verschiedene Mängel festgehalten, worauf es zu einer Strafanzeige kam. Die Hundestation wurde wenige Tage später geräumt. 29 Hunde wurden eingefangen und beschlagnahmt. Nur noch fünf durfte der Betreiber der Auffangstation behalten. Die Vorwürfe: Die Pflege der Hunde im Aussengehege sei derart mangelhaft gewesen, dass die Tiere mit Kot verklebte Pfoten gehabt hätten. Zudem habe es im Gehege spitze und gefährliche Gegenstände gegeben.

### Hygiene hätte besser sein können

Auf den Fotos seien keine gefährlichen Gegenstände im Gehege ersichtlich, sagte der zuständige Richter in Thun. Es gebe auch keine Zeugenaussagen, die diesen Vorwurf stützten. Mehr zu reden gab die Hygiene im Gehege zum Zeitpunkt der Kontrolle. Zwar sehe man auf den Bildern, dass es relativ viel Hundekot am Boden gehabt habe, sagte der Richter. Aber nirgends seien Hunde zu sehen, die Kot an den Pfoten hätten. Selbstverständlich hätte die Hygiene im Aussengehege besser sein können, sagte der Richter. Aber es sei nachzuvollziehen, dass kurz vor dem Umzug die Hygiene des Aussengeheges nicht erste Priorität gehabt habe.

Der Einzelrichter sprach den ehemaligen Hundestation-Betreiber von beiden Vorwürfen frei. Zudem erhielt der Mann, der heute noch vier Hunde besitzt, eine Entschädigung von 600 Franken, vor allem für Reisekosten. *(sda)*

**Arthur Mohr** Der Rentner leistet viel Freiwilligenarbeit – und rät das auch seinen Altersgenossen. *Fabian Christl*

# «Es ist eine soziale Plicht und auch eine ‹gfreute› Sache»

«Sie müssen eingreifen, wenn ich zu stark ausschweife», sagt Arthur Mohr. Das Gespräch mit dem engagierten Pensionär dauert bereits eine halbe Stunde. Noch immer ist die erste Frage nicht gänzlich beantwortet. Trotzdem wäre es verfehlt, den 67-Jährigen als geschwätzig zu bezeichnen. Das Thema – die Freiwilligenarbeit – interessiert ihn einfach zu stark, als dass er sich mit unvollständigen Aussagen begnügen würde. So engagiert er sich im Netzwerk Innovage, welches Pensionäre mit Führungserfahrung vereint und gemeinnützigen Organisationen unentgeltlich projektbezogene Unterstützung gewährt. «Ich habe schon in zwölf Projekten mitgewirkt», sagt er. Aktuell hilft Mohr unter anderem dem Robert-Walser-Zentrum bei der Edition einer neuen Walser-Gesamtausgabe.

Freiwilligenarbeit ist zeitaufwendig. Mohr rechnet mit einem freien Tag pro Woche. «Es kann nicht sein, dass sich das Pensionistenleben im Wandern und Golfspielen erschöpft», sagt er. Ältere Menschen hätten auch eine gesellschaftliche Verantwortung. «Jedenfalls, wenn sie gesundheitlich dazu in der Lage und finanziell unabhängig sind.» Schliesslich gebe es viele sinnvolle Arbeit, die geleistet werden müsse, aber nicht finanziert werden könne. Allerdings, so Mohr: «Ich würde leugnen, wenn ich bloss altruistische Gründe anführte.» Er sehe Freiwilligenarbeit zwar als «eine Pflicht» gegenüber dem Gemeinwesen, es sei aber auch eine «gfreute Sache». So belegten Studien, dass engagierte Pensionäre tendenziell zufriedener, beweglicher und auch geistig fitter seien als ihre Altersgenossen. Viele durchlebten nach der Pensionierung ein psychisches Tief. Dank der Freiwilligenarbeit konnte Mohr dies aber umgehen. «Ich hatte am 30. Juni 2009 meinen letzten Arbeitstag – am 1. Juli begann ich mit der Freiwilligenarbeit.» Daneben schätze er die Möglichkeit, in verschiedene Bereiche Einblicke zu erhalten. Bei jedem Projekt könne er wieder etwas Neues lernen. «Durch meine Arbeit im Robert-Walser-Zentrum bin ich mit interessanten Menschen aus Wissenschaft und Kultur in Kontakt gekommen und konnte spannende Diskussionen führen.»

**Wieder Montag**
Begegnungen mit Menschen
www.**montag**.derbund.ch

Ursprünglich studierte Mohr Wirtschaftswissenschaften in Basel. Nach der Dissertation zog er nach Bern. Dann, nach einem kurzen Intermezzo im Thuner Stadtplanungsamt, übernahm er eine leitende Stelle im Bundesamt für Umwelt. Das war 1978, als Umweltanliegen noch nicht mehrheitsfähig waren. «Ich war aber nie ein fundamentalistischer Grüner», sagt er. Die Erfahrungen in Thun hätten ihn bewogen, in die SP einzutreten. Mit der Kommunalpolitik habe er sich dann aber aus Zeitgründen nicht mehr befassen können.

Trotzdem, Mohr ist ein politisch denkender Mensch geblieben. Auch sein Engagement für die Freiwilligenarbeit verortet er in einem grösseren Zusammenhang. In den letzten Jahren habe sich die Marktwirtschaft immer mehr auf eigentlich marktfremde Gebiete ausgeweitet, sagt der Ökonom. Das überspitzte Effizienzstreben und die damit einhergehende Sparpolitik hätten eine Entsolidarisierung in der Gesellschaft ausgelöst. «Freiwilligenarbeit hat die Kraft, diesem Prozess etwas entgegenzusetzen.» Allerdings bestünden durchaus reale Gefahren der neoliberalen Vereinnahmung. «Freiwilligenarbeit darf keinesfalls als Argument für Sozialabbau herhalten.» Es sei deshalb wichtig, dass sich die Freiwilligenarbeit an klare Standards halte (siehe Box).

> «Ich würde leugnen, wenn ich bloss altruistische Gründe anfügte.»

**Arthur Mohr verrichtet seine «soziale Pflicht» mit Freude.** Foto: Valérie Chételat

Mohr ist ein Intellektueller, ein «Kopfmensch», wie er selber sagt. Doch hie und da, wenn er eine seiner Fremdwörter-gespickten kleinen Reden abschliesst, folgt ein warmes, lautes und gar ein wenig selbstironisches Lachen. Schliesslich ist Mohr nicht nur ein Kopfmensch, sondern auch eine treue Seele. Das gilt für seine Arbeit beim Bundesamt für Umwelt, die er 31 Jahre lang ausübte. Das gilt aber auch für die Beziehung zu seiner Frau, mit der er bereits seit 38 Jahren zusammenlebt. Und selbst bei der Freiwilligenarbeit mag er keine halben Sachen: «Die Freiwilligenarbeit ist so lange freiwillig, bis man den Vertrag unterschrieben hat.» Danach müsse sie so wirksam, effizient und verlässlich ausgeübt werden, wie eine bezahlte Stelle. Sagt er, und lacht.

Freiwilligenarbeit

## Erwünscht, aber mit Vorbehalt

Immer weniger Menschen leisten Freiwilligenarbeit. 2010 taten dies 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung, zehn Jahre früher waren es noch 25 Prozent. Dabei bemühen sich diverse Stellen um die Förderung ebendieser. Die EU ernannte das Jahr 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligenarbeit und zahlreiche Kantone und Gemeinden gründeten in den letzten Jahren entsprechende Förderstellen.

Bei allen Bemühungen: Freiwilligenarbeit ist auch umstritten. Ein junger Germanist kritisierte unlängst, dass Institutionen Arbeiten von Freiwilligen erledigen liessen, statt genügend Personal einzustellen («Bund» vom 8. Mai). Den Freiwilligenorganisationen ist diese Problematik bewusst. Sie stellen betriebseigene Standards auf, die die negativen Effekte einschränken sollen. «Freiwilligenarbeit ergänzt und unterstützt die bezahlte Arbeit, tritt aber nicht in Konkurrenz zu dieser», heisst es etwa bei Benevol, der grössten Freiwilligenorganisation der Schweiz. Derselbe Passus ist auch bei Innovage zu finden; die Freiwilligenorganisation für Rentner mit Führungserfahrung will zudem «keine staatliche Aufgaben ersetzen oder andere Freiwilligenorganisationen konkurrieren». *(chl)*